Nr. 531. 46. Jahrgang — Abend-Ausgabe — Mittwoch, 17. Oktober 1917

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Insel Oesel völlig in deutschem Besitz.

Erfolgreiches Seegefecht im Rigaischen Meerbusen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 17. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern schwoll der Artilleriekampf vom Ueberschwemmungsgebiet der Yser bis zur Lys gestern wieder zu erheblicher Stärke an. In einzelnen Abschnitten war die Feuerkraft am Abend, auf der ganzen Front heute morgen gesteigert.

Außer Erkundungsgefechten, die auch zwischen dem Kanal von La Bassée und der Scarpe zahlreich waren, kam es nicht zu Infanteriekampftätigkeit.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Der Feuerkampf nordöstlich von Soissons dehnte sich gestern seitlich aus und war zeitweilig sehr heftig; er hielt auch nachts an.

In der westlichen Champagne, in den Argonnen und auf dem östlichen Maas-Ufer erreichte die Artillerietätigkeit gleichfalls größere Heftigkeit als in den letzten Tagen.

10 feindliche Flugzeuge und 1 Fesselballon sind gestern abgeschossen worden. Leutnant v. Bülow brachte seinen 25., Leutnant Böhme den 20. Gegner im Luftkampf zum Absturz. —

Dünkirchen wurde von unseren Fliegern erneut und mit erkannter Brandwirkung durch Bomben angegriffen.

Zur Vergeltung für Bombenwürfe feindlicher Flieger auf offene deutsche Städte wurde die im französischen Operationsgebiet liegende Stadt Nancy von uns mit Bomben beworfen. Größere Brände waren die Folge.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die auf der Halbinsel Sworbe noch Widerstand leistenden feindlichen Kräfte wurden gestern durch unsere Truppen überwältigt.

Die Insel Oesel ist damit völlig in unserem Besitz.

Die Beute mehrt sich; gestern wurden mehr als 1100 Gefangene eingebracht.

Unsere Seestreitkräfte hatten nördlich von Oesel und im Rigaischen Meerbusen mit russischen Zerstörern und Kanonenbooten Gefechte, die für uns günstig ausgingen. Ohne eigenen Verlust wurden die feindlichen Schiffe zur Umkehr gezwungen.

Marineluftschiffe bewarfen Pernau mit Bomben; große Brände brachen dort aus.

Auf der festländischen Front lebte die Gefechtstätigkeit an mehreren Stellen beträchtlich auf; vordringende Streifabteilungen der Russen wurden vertrieben.

Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff. (W. T. B.)

*

Bern, 16. Oktober. (W. T. B.)

„Journal" meldet aus Petersburg: Die Bekanntgabe der Besetzung von Oesel erregte große Besorgnis. Man hielt die von der Regierung getroffenen Schutzmaßnahmen allgemein für wirksamer. Der Generalstab und die Ministerien treffen Maßnahmen, um einer Offensive gegen Petersburg zu begegnen. Die Lage hält man zwar für ernst, aber noch nicht für verzweifelt, da Petersburg noch nicht unmittelbar bedroht ist. Unter der Bevölkerung scheint eine offene Panik ausgebrochen zu sein. Unzählige Personen haben auf den Bahnhöfen Fahrkarten nach Mittelrußland verlangt. Die pessimistischsten Gerüchte sind im Umlauf. So heißt es, daß alle Amtsstellen die Hauptstadt verlassen werden. Der Minister des Innern hat bekanntgegeben, daß ein derartiger Entschluß noch nicht erwogen worden sei. Die Panik wird von dem Berichterstatter selbstverständlich auf die Tätigkeit von deutschen Agenten zurückgeführt.

Die Angestellten sämtlicher Apotheken Petersburgs haben wegen Nichtbewilligung ihrer wirtschaftlichen Forderungen durch die Apothekenbesitzer beschlossen, in den Ausstand zu treten.

Der Eingang zum finnischen Meerbusen.

Berlin, 17. Oktober. (W. T. B.)

Zur Eroberung Oesels wird weiter mitgeteilt: Die russischen Seestreitkräfte, darunter Linienschiffe, Panzerkreuzer, Kanonenboote Torpedoboote und Unterseeboote befinden sich in schleuniger Flucht auf östlichem Kurse und ziehen sich, verfolgt von Teilen der deutschen Flotte, hinter ihre Minensperren zurück. Die noch auf der Halbinsel Sworbe befindlichen russischen Truppen sind damit jeder Möglichkeit, zu fliehen, beraubt.

Die Eroberung Oesels hat der deutschen Marine nicht nur den Besitz des Rigaischen Meerbusens gesichert, den bisher die schweren russisch-englischen Geschütze von Zerel (Südküste Oesel) beherrschten, sondern sie hat auch die seestrategische Lage in der Ostsee völlig zugunsten Deutschlands umgeschaffen. Die beiden Eckpfeiler unserer jetzigen Ostseestellung sind im Westen die Kieler Bucht, im Osten der Rigaische Meerbusen mit dem schützenden Oesel. Wie aber Kiel gleichzeitig den südlichen Zugang zur Nordsee (durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal) beherrscht, so bildet auf der anderen Seite Oesel den südlichen Torflügel zum Eingang in den Finnischen Meerbusen und durch diese doppelte Bedeutung nach Westen und nach Norden den Scheitelpunkt der Vormachtstellung in der Ostsee. Der Besitz dieser Stellung sichert ferner unsere östlich der Düna stehenden Armeen, deckt Kurland und bedroht die Russen durch die Freilegung des Weges nach Esthland. Den englischen, unwidersprochen gebliebenen Hoffnungen, sich in der östlichen Ostsee festzusetzen, hat die Eroberung Oesels die letzte Stütze genommen.

Für das bei der verwickelten und anders gearteten Befehlserteilung stets äußerst schwierige Zusammenwirken von Heer und Flotte war die Unternehmung gegen Oesel ein Schulbeispiel.

Ueber den Anteil der einzelnen Schiffsklassen näheres zu sagen, ist bis heute, wo die Unternehmungen noch nicht abgeschlossen sind, noch nicht an der Zeit. Aber der Geist einer größeren Transportflotte weist ebenso wie die Zusammensetzung der uns gegenüberstehenden, oben erwähnten russischen Seestreitkräfte darauf hin, daß die Kleinmittel des Seekrieges bei all ihrer aufopfernden und glänzend bewährten Tätigkeit in diesem Fall nur die vorbereitenden Schritte tun könnten. Auch beim Fortgang der Unternehmung werden sie in erster Linie nur die Sicherung und Einzelwaffe darstellen können für einen Erfolg, der nur durch die Wirkung des Großkampfschiffes erreichbar ist.

Der Kaiser in Konstantinopel.

Konstantinopel, 16. Oktober. (W. T. B.)

Nach dem Frühstück im Jildizpalast unternahm Kaiser Wilhelm einen Ausflug nach dem Bosporus bis nach Therapia, wo er die Gräber des Generalfeldmarschalls von der Goltz und des Freiherrn v. Wangenheim besuchte.

In der Nacht war die ganze Stadt zu Ehren des Kaisers illuminiert. Die Karköj-Brücke, die Minaretts der Moscheen, die kaiserlichen Paläste am Bosporus, die öffentlichen Gebäude und Schulen sowie die Bureaus der Agentur Milli fielen besonders durch die Schönheit ihrer Festbeleuchtung auf.

In Dolmabagtsche gab der Sultan zu Ehren des Kaisers ein Essen zu 40 Gedecken, an dem u. a. teilnahmen: der Thronfolger, Prinz Abdul Medjid Effendi und die kaiserlichen Prinzen, Staatssekretär v. Kühlmann, Großwesir Talaat Pascha, der türkische Botschafter in Berlin Hafki Pascha, der Scheich-ul-Islam, Enver Pascha, die Minister des Aeußern und der Justiz, der deutsche Botschafter Graf Bernstorff, Graf v. Moltke, Exzellenz v. Valentini, die Generale v. Stein, v. Plessen, Frhr. v. Lyncker, Admiral v. Müller, Vizeadmiral v. Koch, die Präsidenten des Senats und der Kammer, die Generale Zekki Pascha und Essad Pascha. Die Festlichkeit trug das Gepräge großer Herzlichkeit. Der Sultan heftete eigenhändig den großen diamantenen Stern des Iftichar-Ordens, die höchste türkische Kriegsauszeichnung, an die Brust des Kaisers. Kaiser Wilhelm verlieh seinerseits dem Sultan Stern und Kette des königlichen Hausordens von Hohenzollern in Diamanten und machte ihm eine prächtige Vase aus der königlichen Manufaktur in Berlin zum Geschenk. Nach dem Essen hatten die beiden Herrscher eine vertrauliche Besprechung, an der Talaat Pascha, Enver Pascha, Hakki Pascha und der Minister des Aeußern teilnahmen. Später wurde die Unterhaltung allgemein. Kaiser Wilhelm bezeigte den hohen Persönlichkeiten des Hofes des Sultans besondere Aufmerksamkeit, während der Sultan das Gefolge des Kaisers mit hoher Auszeichnung behandelte.

Sofia, 16. Oktober. (W. T. B.)

Ueber die Reise des Deutschen Kaisers in Ostmazedonien bringen die Blätter noch folgende Einzelheiten: Am Sonnabend früh begaben sich die Gäste in Begleitung des Königs von dem Schlosse Sitniakovo nach dem Flecken Bansko im Piringebirge, wo sie mittags eintrafen und von der einheimischen Bevölkerung begrüßt wurden. Von dort reisten sie nach dem Frühstück über Nevrokop zum Abschnitt der 11. Armee, wo sie wieder die Sonderzüge trafen. Am folgenden Tage früh defilierte das 12. Regiment, dessen Ehreninhaber der Kaiser ist, vor den Herrschern. Am Sonntag abend wurde der kaiserliche und der königliche Sonderzug über Gumuldjina nach Kulelt-Burgas geleitet, von wo der Kaiser seine Reise nach Konstantinopel fortsetzte, während der König und Prinz August Wilhelm, der sein Gast bleibt, nach Sofia zurückkehrten. Während der ganzen Fahrt regnete es bis Drama unaufhörlich, trotzdem zeigte sich der Kaiser von seiner Reise und dem ihm überall bereiteten Empfang sehr befriedigt.

Englische Meldung über den Zweck der Kaiserreise

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rotterdam, 17. Oktober.

Die „Morningpost" meldet aus Athen: „Wohlinformierte hiesige Kreise halten den Frieden für bevorstehend. Obwohl die Beratungen, die vor der Reise des deutschen Kaisers nach Bulgarien stattfanden, und die Besprechungen in Sofia und Konstantinopel geheim gehalten wurden, liegen hier zuverlässige Nachrichten vor, daß man in der kommenden Woche neue, weniger unversöhnliche Vorschläge Deutschlands erwarten kann."

Ein Vorschlag.

Von [Nachdruck verboten.]

Professor Dr. Feilbogen (Zürich).

Bedeuten die Antworten der Mittelmächte auf die Papsnote einen Schritt zum Frieden?

Den wirksamsten sicherlich nicht. Dieser müßte von der Gegenseite ausgehen, denn die Entente will den Sieg durch Amerika; sie will gar nicht den Frieden. Und solange sie ihn absolut nicht will, kann kein Schritt Deutschlands, abgesehen von völliger Unterwerfung, ihn direkt herbeiführen. Wohl aber kann die deutsche Regierung den Frieden indirekt erleichtern und beschleunigen. Dazu trägt alles bei, was auf der anderen Seite das Vertrauen hebt und die Besorgnisse vor einer deutschen Falle verscheucht. Besonders fürchten die Völker der Entente den sogenannten faulen Frieden, d. h. einen Frieden, der im Grunde nur ein Waffenstillstand wäre, dazu bestimmt, neue und noch größere Kriege vorzubereiten. Darin nun scheint mir die größte Bedeutung des Bekenntnisses zu liegen, welches die Mittelmächte zugunsten einer internationalen Rechtsordnung mit allgemeiner Abrüstung abgelegt haben, daß sie damit diese Angstvorstellung der Entente verscheuchen wollen. Wie könnte ein baldiger Frieden zur Vorbereitung neuer Kriege mißbraucht werden, wenn mit diesem Frieden die Abschaffung der Riesenheere verbunden wäre, welche den modernen Krieg so furchtbar machen! Da nun die schweren Opfer und Entbehrungen von drei Kriegsjahren überall eine erstarkende Friedenspartei erzeugt haben, so könnte die in Aussicht gestellte neue Ordnung der Dinge die Friedenspartei auf der Gegenseite bedeutend kräftigen.

Allerdings unter einer Bedingung. Nämlich, daß es nicht bei noch so schönen diplomatischen Stilübungen bleibt. Dem ersten Schritte müßte bald ein zweiter folgen, den Worten die Tat. Was könnte die deutsche Regierung in dieser Beziehung tun?

Sie könnte sofort an die Verbündeten und an die Neutralen die Einladung richten, unverzüglich zur Organisation der allerwichtigsten Einrichtungen für friedliche Schlichtung von Völkerstreitigkeiten zu schreiten und den feindlichen Staaten den Beitritt zu diesen Einrichtungen jederzeit offenhalten. Dieses Minimum von Friedensordnung ist das internationale obligatorische Schiedsgericht mit einer genau begrenzten, aber nicht zu unbedeutenden Kompetenz. Sie müßte ihre Bereitwilligkeit erklären, sich in Streitfällen genau bestimmter Art ohne weiteres der Entscheidung dieses internationalen Gerichtshofes zu unterwerfen, und zwar schon im Laufe des Krieges. (Dieser letztere Wunsch dürfte schwer ausführbar sein. Die Redaktion.) Den Gedanken eines solchen Schiedsgerichts rundweg ablehnen, kann die Entente nicht gut; ist er doch geradezu ein wesentlicher Teil ihrer offiziellen Kriegsziele und besonders vom Präsidenten Wilson mit großer Feierlichkeit als sein persönliches Ideal verkündigt worden.

Aber wird sich nicht auf der anderen Seite sofort ein betäubendes Geschrei erheben: So schön und gut auch der Gedanke eines internationalen Schiedsgerichts sei, die von Deutschland etwa versuchsweise empfohlene Organisation berge gewiß in sich eine Falle, in welche sie die arglosen Völker der Entente hineinlocken wolle?

Auch dagegen gibt es ein Mittel. Die deutsche Regierung möge zunächst als Grundlage der Verhandlungen einen Entwurf empfehlen, der von angesehener englischer Seite stammt und sowohl vom Petersburger Sowjet als auch vom Stockholmer Komitee und von der Haager Zentralorganisation für dauernden Frieden, allem Anscheine nach auch vom Vatikan als besonders brauchbar benutzt worden ist. Es ist dies der Entwurf eines Völkervertrages, der von einem Komitee der Londoner „Fabier" (Sozialpolitiker) ausgearbeitet worden ist. Ihr Referent L. S. Woolf hat ihn mit einer lehrreichen Begründung versehen. Beide Arbeiten bilden zusammen den Band „International Government", der im Juli 1916 im Verlag der Fabier erschienen und durch eine genau übersetzte, aber in der Begründung gekürzte Ausgabe*) der deutschen Leserwelt zugänglicher gemacht worden ist. Daß der Referent auch gegen Deutschland keine Tücke sinnt, geht schon daraus hervor, daß er die deutsche Regierung gegen die Vorwürfe ihrer eigenen Pazifisten in Schutz nimmt und betont, Deutschland habe nicht aus bloßer Bosheit bisher die internationale Rechtsordnung unmöglich gemacht, noch auch England sie aus reiner Herzensgüte gefördert, sondern der Grund liege in den grundverschiedenen Interessen des mit Kolonien dürftig ausgestalteten Deutschland und des kolonial gesättigten Großbritannien.

Auch mutet Woolf keinem Staate, selbst für die Zukunft, den absoluten Verzicht auf den Krieg zu; aber er macht diesen zu einem letzten Mittel in äußerster Not und erschwert ganz gehörig den Ausbruch vermeidlicher Kriege, indem er die so gefährlichen Momente der Panik, des Mißtrauens, der Mobilisierungen ausschaltet. Ganz automatisch, und ohne daß man, wie 1914 Serbien an Oesterreich, erst das Ersuchen um die Zustimmung zu richten hätte, würde jeder diplomatisch nicht zu beseitigende Völkerstreit entweder an das obligatorische

*) „Internationale Rundschau" vom September (Zürich, Artistisches Institut, Orell Füßli)

Schiedsgericht oder an einen Vermittlungsrat der Nationen geleitet werden müssen. An das Schiedsgericht nur für solche Fälle, welche zwischen Privaten von einem gewöhnlichen Gerichtshof regelrecht entschieden werden können, und auch zwischen Staaten bereits oft durch Schiedsgericht beigelegt worden sind, ohne daß auch nur in einem einzigen Falle ein Staat den Schiedsspruch abgelehnt hätte. Es würde sich da etwa handeln um: die Feststellung streitiger Tatsachen und der Verantwortung dafür, das Ausmaß einer beiderseits als geschuldet anerkannten Entschädigung, Grenzstreitigkeiten, Anfechtung von Urkunden und anderen Rechtstiteln, Auslegung von beiderseitig als bindend anerkannten Verträgen oder Gesetzestexten u. dgl. In allen solchen Fällen kann sich jeder Staat ohne Demütigung dem Spruche eines Tribunals fügen, das aus den angesehensten Rechtsgelehrten der Welt zusammengesetzt wird. Dieses Urteil muß sogar zur Zwangsvollstreckung berechtigen, aber nicht durch eine internationale Armee oder Flotte, deren bloße Existenz schon manchen Staaten Besorgnisse erregen könnte, sondern durch Maßregeln wirtschaftlicher Natur, deren nicht weniger als zwölf, und zwar recht einschneidende, den widerspenstigen Staat zur Vernunft bringen könnten.

Alle anderen Streitigkeiten könnten bloß dem vermittelnden Rat der Nationen zur Begutachtung vorgelegt werden; gelingt nicht binnen einem Jahr ein Ausgleich mit Zustimmung beider Teile, so bleibt die Möglichkeit des Krieges offen. Das Nähere über die Kompetenz des gesetzgebenden Rates zur Aufhebung veralteter Verhältnisse und über die obligate Veröffentlichung aller Verträge möge man am angeführten Orte nachlesen.

Aktuell ist bloß die Organisierung des obligaten Schiedsgerichtes. Seine Kompetenz scheint sehr beschränkt; und wie segensreich könnte sie doch selbst mitten in diesem Kriege zur Entgiftung der Völkerverhältnisse wirken! Feststellung von Tatsachen als Mittel gegen Lügenfeldzüge; Bemessung von geschuldetem Schadenersatz als Mittel zur Abkürzung der so friedensgefährlichen Friedensverhandlungen. Grenzstreitigkeiten z. B. der Serben und Bulgaren in Mazedonien, Auslegung von Texten: „Keine Annexion?" Feststellung der Verantwortung: Schuld an diesem Kriege!

Ueber alles das kann nur die Vernunft, nicht das Schwert die richtige Entscheidung fällen. Und wenn das deutsche Schwert sich dem Rechte beugen wollte, wer könnte dem Rechte widerstehen? Käme vollends zu dem Vorschlage des obligatorischen Schiedsgerichtes die Garantie eines wirklich machtvollen deutschen Parlamentes hinzu, so würde vor diesem Beweise echter Friedensliebe der faule Zauber eines faulen Friedens ins Nichts versinken.

20000 Tonnen versenkt.

Amtlich. Berlin, 16. Oktober.

Neue U-Boot-Erfolge: „U 39", unter seinem in drei Kriegsjahren hervorragend bewährten Kommandanten, Kapitänleutnant Forstmann, hat unter anderen Erfolgen vor der Straße von Gibraltar fünf wertvolle Dampfer mit über

20 000 Bruttoregistertonnen

versenkt, und zwar die bewaffneten englischen Dampfer „Normanton" (3862 Tonnen), „Mersario" (3847 Tonnen), „Almora" (4385 Tonnen), „Nuceria" (4702 Tonnen) und den japanischen Dampfer „Hikosan Maru" (3555 Tonnen). Die innerhalb von zwei Tagen vernichteten Schiffe hatten zusammen 31 500 Tonnen Kohle als Ladung, davon waren mehr als 26 000 Tonnen für den Winterbedarf Italiens bestimmt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Eröffnung der italienischen Kammer.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Lugano, 17. Oktober.

Der Kammerpräsident eröffnete die Sitzung mit einer Lobrede auf das italienische Heer. Er sprach dann von der „grausamen Kriegführung" Deutschlands und Oesterreichs und protestierte gegen einen „deutschen Frieden" und gegen das von Wien wiederholte „Niemals" Kühlmanns. Mit ebenso pathetischen Worten wies der Premierminister Boselli auf den unerschütterlichen Bund Italiens mit seinen Alliierten hin, und auf die „Umtriebe der Friedensfreunde", während die italienischen Heere von Sieg zu Sieg schritten. (Beifall.) Die Regierung werde aber nicht dulden, daß die Friedenspropaganda fortdauere und den Widerstandsgeist des Volkes untergrabe und vergifte.

Am Schluß der Sitzung nahm die Kammer ein Vertrauensvotum für die Regierung mit 228 gegen 51 Stimmen an.

Das Ende der Malvy-Affäre.

Annahme der Tagesordnung durch die Regierung. — Vertagung der Interpellation Delahaye.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Genf, 17. Oktober.

Für die französische Regierung hat der Zwischenfall Malvy-Daudet als politische Angelegenheit seine Erledigung gefunden. Nach den Kammerreden der früheren und gegenwärtigen Minister war die Entscheidung des gestrigen Ministerrates leicht vorauszusehen. Malvy erhielt ein Ehrenzeugnis, das ihn der Aufgabe enthebt, die Daudetschen Anschuldigungen neuerlich einer Erörterung in der öffentlichen Kammersitzung unterziehen zu lassen.

„Clemenceau" wirft in seinem Tageblatt die Frage auf, warum Ribot nach einer Unterredung mit einem hervorragenden Abgeordneten aus dem für das Amtsblatt bestimmten Text seiner Rede eine der wichtigsten Stellen gestrichen habe, nämlich die, welche sich auf Ribots Unterredung mit einer bedeutenden politischen Persönlichkeit bezog, die Kenntnis von gewissen deutschen Machenschaften zur Verständigung über Elsaß-Lothringen erhalten hatte.

Paris, 17. Oktober.

Die Kammer beschloß, zu einer Geheimsitzung zusammenzutreten, um die Interpellation Mayeras über die Erklärungen Ribots, die sich auf deutsche Umtriebe wegen Elsaß-Lothringen beziehen, und die Interpellation Bokonowski bezüglich der Abwehr feindlicher Machenschaften durch die Alliierten, zu beraten. Nach der Geheimsitzung erklärte der Präsident, daß eine einfache Tagesordnung über die Interpellationen Mayeras und Bokonowski beantragt worden sei.

Renaudel teilte mit, die Sozialisten würden sich nach den Erklärungen Ribots der Abstimmung enthalten. Vor der Abstimmung sprach Delahaye, der über den Fall Daudet-Malvy interpellieren wollte, über Festlegung des Zeitpunktes der Interpellation und legte die Bedingung dar, unter welchen Painlevé den Brief Daudets bekanntgegeben habe. Drei Tage vor der Debatte habe Painlevé eine Unterredung mit Daudet gehabt, in der Mittel erörtert wurden, durch die ein Bekanntwerden des Briefes verhindert werden sollte. Gegen die Abmachungen habe Painlevé einige Tage später den Brief Daudets in der Kammer verlesen. Painlevé erwiderte, die Regierung habe der unter ihrer Verantwortung veröffentlichten Erklärung nichts hinzuzufügen. Sie habe unter außergewöhnlichen Umständen so gut sie konnte gehandelt.

Die Kammer nahm sodann in öffentlicher Sitzung mit 313 gegen 0 Stimmen die einfache Tagesordnung an, die von der Regierung als Abschluß der Interpellationen Mayeras und Bokonowski gebilligt war. Bei der zweiten Sitzung verlangte Sembat eine Erklärung über die vorläufige Zusammenkunft, auf die Delahaye angespielt habe. Painlevé antwortete: „Ich habe Daudet berufen, wie ich am selben Tage auch die Direktoren der Zeitungen gerufen habe. Ich mußte mit den Besuchern über eine besondere Frage reden, über die ich mich nicht auslassen möchte. Ich hatte Steeg und Perret gebeten, an der Besprechung teilzunehmen und verlangte von Daudet, er möge auf seine alte Propaganda, die eine Spaltung unter den Bürgern hervorrufen könnte, verzichten. Nur weil Daudet im Verlauf der Besprechung Anklagen vorbrachte und seinen Brief an Poincaré erwähnte, habe ich die Debatte der Oeffentlichkeit übergeben." Delahaye warf Painlevé vor, er habe keine Untersuchung eingeleitet, bevor er den Brief Daudets veröffentlicht habe und forderte die Kammer auf, hierzu Stellung zu nehmen. Der Sozialist Laval erinnerte an die Ankündigung der Regierung, einen Gesetzentwurf gegen die Presse einbringen zu wollen und fügte hinzu, daß Skandale, wie der vorliegende, von den bestehenden Gesetzen sanktioniert würden. Painlevé wiederholte, daß die Regierung alle Verantwortung auf sich nehme, die Unabhängigkeit der Justiz zu wahren und die Moral der Nation zu hüten suche. Er bestehe auf Vertagung der Debatte un[d] stelle die Vertrauensfrage. Der Vertagung de[r] Interpellation Delahaye bis nach Abschluß des gericht[…] lichen Verfahrens wurde mit 246 gegen 189 Stimmen an genommen und die Sitzung aufgehoben.

Der Minister des Innern über die Verwaltung während des Krieges.

Die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses.

93. Sitzung. Mittwoch, 17. Oktober.

Am Ministertische: Dr. Drews.

Präsident **Graf Schwerin-Löwitz** eröffnet die Sitzung um 12 Uh[r] 15 Minuten und gedenkt des Ablebens des Abg. Wellstein (Zentr.).

An Stelle des früheren Abg. Dr. v. Krause, der zum Staats[…] sekretär des Reichsjustizamts ernannt ist, wird Abg. **Lohmann** (Natl.) **zum zweiten Vizepräsidenten gewählt.**

Zu Mitgliedern der Staatsschuldenkommission werden die Abg[g.] v. dem Hagen (Zentr.) und v. Bockelberg (Kons.) gewählt.

Die Vereinfachung der Verwaltung.

Auf der Tagesordnung steht dann der Gesetzentwurf zur Ermäch[…] tigung des Staatsministeriums zu Maßnahmen betreffend Verein[…] fachung der Verwaltung. Durch die Vorlage wird das Staats[…] ministerium ermächtigt, während der Dauer des Krieges gesetzlich[…] Maßnahmen anzuordnen, die sich hinsichtlich der Zusammensetzung, der Zuständigkeit und des Verfahrens der Behörden des Staates[…] der Gemeinden und der Gemeindeverbände zur Er[…] sparung von Arbeitskraft als notwendig erweisen. Diese Maßnahmen sind dem Landtag bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnis z[u] bringen und auf Verlangen eines der beiden Häuser aufzuheben. Die Maßnahmen dürfen sich insbesondere erstrecken: 1. auf Herab[…] setzung der Beschlußfähigkeitsziffer von Behörden und Körper[…] schaften, 2. auf Vereinfachung des förmlichen Verfahrens, 3. au[f] Verminderung der Instanzen, 4. auf Einschränkung der Staats[…] aufsicht.

Minister des Innern **Dr. Drews**

bringt die Vorlage ein:

Als die Kriegserklärung erfolgte, drängten alle Beamten an di[e] Front zu kommen zur Verteidigung von König und Vaterland. Zu[…] nächst konnten sie auch entbehrt werden, da die Arbeiten erheblich zu[…] rückgingen. Das wurde aber bald anders. Inzwischen sind imme[r] neue große Aufgaben an Staat und Gemeinden herangetreten wie man sie gar nicht bei Kriegsausbruch ahnen konnte. Es ist ei[n] ehrendes Zeugnis, das der gesamten Beamtenschaft ausge[…] stellt wird, das gerade die Beamten als Offiziere, Unter[…] offiziere und Mannschaften sich so ausgezeichnet haben, daß sie [i]n der Armee nicht entbehrt werden können. Von dieser Stelle au[s] möchte ich aber ausdrücklich noch einmal allen denjenigen Beamten denen es nicht vergönnt gewesen ist, für das Vaterland hinaus[…] zuziehen, die in der Heimat in aufreibender Arbeit für das Wohl des Vaterlandes tätig gewesen sind, den Dank der Regierung aussprechen. (Beifall.) Infolge der Ueberlastung mit Arbeiten sind sie heute zusammengebrochen, und es war oft nicht möglich, die dadurch entstandenen Lücken auszufüllen. Soweit es möglich war haben wir bisher schon den Verwaltungsapparat, vor allem das ungeheure Schreibwerk, das sich nun einmal nich[t] vermeiden läßt, eingeschränkt. Eine ganze Menge von Berichten, Zusammenstellungen, Kontrollvorschriften, die im Frieden für unbedingt erforderlich gehalten wurden, sind schon von der Not der Zeit hinweggefegt. Wir haben in unseren Gesetzen eine ganze Anzahl von Vorschriften, welche in Friedenszeiten erlassen sind, deren Arbeit aber nur mit dem großen Friedensapparat von Beamten geleistet werden konnten. Wir müssen während des Krieges von diesen an sich durchaus wünschenswerten Arbeiten Abstand nehmen.

* Die Kaiserin sowie auch der Kronprinz haben sich, wie das W. T. B. mitteilt, mit erheblichen Beträgen an der siebenten **Kriegsanleihe** beteiligt.

* Die **Reichstagsersatzwahl** im Kreise Neuhaldensleben-Wolmirstedt für den zum Ministerialdirektor ernannten nationalliberalen Abgeordneten Schiffer findet sicherem Vernehmen nach am 28. November statt. Nationalliberaler Kandidat ist Gymnasialdirektor Trittel in Neuhaldensleben, dem Gegenkandidaten nicht gegenübergestellt werden.

* Der Majoratsherr und Kammerherr **Anton v. Taczanowski** auf Taczanowo im Kreise Pleschen ist einem Privat-Telegramm zufolge gestorben.

Aus den Konzerten.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Leopold Schmidt.

Der erste Konzertabend dieser Woche hat uns Felix Weingartner wiedergebracht, und mit ihm ein Programm von so reiner Klassizität, wie er lange nicht aufgestellt worden. Die ausverkaufte Philharmonie schien äußerst dankbar dafür zu sein und begrüßte und entließ den allverehrten Dirigenten mit herzlichsten Beifallsbezeigungen. Unter seiner straffen, die dynamischen Wirkungen der soli und ripini aufs feinste abwägenden Führung gab zunächst der Philharmonische Streicherchor Händels Concerto grosso in D (mit dem prickelnden Prestosatz) in einer Fülle und Schönheit des Tones, die Ohr und Gemüt in dieser urgesunden, kraft- und anmutvollen Musik schwelgen ließ. Nicht ganz so glücklich geriet Bachs Doppelkonzert in C-dur für zwei Klaviere und begleitendes Streichorchester, in dem Edwin Fischer das erste Klavier, Weingartner, die Philharmoniker sich selbst überlassend, als gewiegter, stilsicherer Pianist das zweite Klavier übernahm. Hier wollte sich kein klares Bild entrollen. Fischer spielte mit erfreulich rhythmischer Energie aber ein wenig in der Manier moderner Virtuosen, Weingartner auf verdecktem Flügel mit allzu bescheidener Zurückhaltung, als ob er eine harmonische Füllstimme auszuführen hätte. Bach aber hat zwei Instrumente in thematischen und klanglichen Wettstreit gesetzt, die zwar nicht gleich bedacht, aber doch als Soli dem Orchester gegenüber gleichwertig sind. An dritter Stelle stand Mozarts Es-dur-Konzert für Klavier. Ist es an sich schon eine Freude, dem Werk zu begegnen, in dem Mozart der Begleitung durch die konzertanten Bläser besondere Reize abgewonnen hat, und dessen Finalsatz von glücklichster Inspiration getragen ist, so hatten die Hörer auch alle Ursache, dem Solisten dankbar zu sein. Edwin Fischer bot eine ganz ungewöhnliche Leistung. Das erste Allegro hätte vielleicht im Ton noch etwas schlanker sein können; aber das Andante und der Schlußsatz waren vollendet, man kann sie sich nicht schöner gespielt denken. Welcher Reiz des Anschlags, welche Klarheit, Sauberkeit und Rundung des heiklen Passagenwerkes, und vor allem wie viel musikalischer Geschmack und Liebe zu Mozart! Zu rühmen sind auch die selbstkomponierten Kadenzen Fischers, die, ohne aus dem Rahmen zu fallen, die Themen in geistreicher Weise kombinieren. Kurz: man konnte aus vollster Ueberzeugung in den rauschenden Beifall miteinstimmen. Seinen Abschluß fand dieser erste Weingartner-Abend mit einer charaktervollen Aufführung der Beethovenschen C-moll-Symphonie. Den Fermaten des ersten Satzes verhilft Weingartner nachdrücklich zu ihrem jetzt meist verkümmerten Rechte, wie er auch die elegischen Momente bei allem Vorwärtsdrängen [illegible] hervorzuheben weiß. Im Finale wäre zu bemerken, daß er dem Siegesthema fern von jedem Draufgängertum gleich bei seinem Eintritt majestätische Größe wahrt. So ließe sich noch manches anführen, wie z. B. die Oboenkadenz im ersten Teil, die bei ihm nicht, wie üblich, plötzlich da ist, sondern sich aus der vorhergehenden Cantilene entwickelt. Denn Weingartner ist immer interessant.

In der vorigen Woche folgten sich drei Gesangskonzerte von wirklicher Bedeutung. Da war zuerst der Liederabend Julia Culps, wohl der schönste, den uns die gottbegnadete Sängerin noch geschenkt hat. Und das will gewiß viel sagen. Wir haben sie lange entbehren müssen und finden sie nun, trotz Amerikafahrten, eigentlich erst auf ihrer Höhe. Frau Culp war von jeher eine Meisterin des Vortrags. Aber früher merkte man doch ein wenig die Absicht, und ein leises Zuviel trübte zuweilen den Genuß. Jetzt ist ihr schöner Mezzosopran der Träger einer ganz Natur gewordenen Empfindung geworden; sie hat sich bei aller Innigkeit und bewußten Anmut zur Schlichtheit durchgerungen. So ist die Culp ein glänzendes Beispiel dafür, wie man auf technischem Wege zu unmittelbar wirkender Innerlichkeit gelangt, und zweifellos zurzeit unsere beste und vielseitigste Liedersängerin. Der dichtgefüllte Beethoven-Saal war voller Begeisterung. Am liebsten hätte man jedes Lied doppelt gehört. Nach Schubert kamen hübsche Sachen von Max Vogrich zum Vortrag, Lieder aus Klaus Groths „Quickborn" in niederdeutscher Mundart, die freilich, ein begrenztes Talent zeigend, auf ein und denselben Ton abgestimmt sind. Von Liedern Hugo Wolfs gelang jedes einzelne meisterhaft. Unnachahmlich die „Begegnung". Hier konnte sich auch Bos' Begleitungskunst in vollstem Lichte zeigen. — An gleicher Stelle feierten zwei Münchener Gäste Triumphe. Paul Bender, den wir bisher nur im Oratorium kannten, sucht unter den Bühnenkünstlern als Liedersänger seinesgleichen. Die herrliche Stimme, halb tiefer Baß, halb Bariton, paßte sich, trotz ihrer üppigen Klangfülle, allen Erfordernissen auf das geschmeidigste an; der Vortrag ist von überlegener Intelligenz, die Sprachbehandlung musterhaft, die Atemtechnik erstaunlich, die ganze Art seines Singens sympathisch, vornehm, interessant. Sein Bestes gab er in drei Loeweschen Balladen; aber auch Brahms wußte er zu gestalten. Benders Männlichkeit gegenüber erscheint sein Kollege Karl Erb fast allzu weichlich. Seine ausgiebige, echte und schöne Tenorstimme hat er voll in der Gewalt; aber er verwendet im Liede mit Vorliebe den Kopfton, und der ergibt starke Kontraste, die auf die Dauer monoton wirken. Uebrigens ist auch Erb, von dem ich auf der Bühne einen ausgezeichneten Palestrina hörte, in technischer Hinsicht ein Gesangskünstler ersten Ranges. Eigentümlich ist beiden Herren eine Neigung zu sentimentaler Verschleppung der Zeitmaße, in der sie durch ihren gemeinsamen, sonst vortrefflichen Begleiter, Michael Raucheisen, noch in verhängnisvoller Weise unterstützt wurden. Auch kann ich mich mit der säuselnden Ausführung des Klavierparts, die beständig das zweite Pedal zu Hilfe nimmt, nicht befreunden. Das ist eine Manier, die jetzt um sich greift, aber darum nicht besser wird.

A. Th. Kammermusik edelster Art brachte der Abend, den die vortreffliche Geigerin Suzanne Joachim-Chaigneau gab. Auf Schumanns Klavierquintett op. 47 folgte ein in Berlin bisher noch unaufgeführtes Streichtrio von Boccherini (op. 38), das die Konzertgeberin im Verein mit Heinrich Bandler (Viola) und Professor Hugo Becker (Violoncello) ganz in dem anmutigen, fast galanten Stil ausführte, der die Werke des italienischen Meisters kennzeichnet. Ihre tiefangelegte echte Musikernatur aber offenbarte sich bei der Wiedergabe von Brahms' D-moll-Sonate, die sie mit dem ihr in jeder Beziehung ebenbürtigen Partner am Flügel, Joseph Schwarz, voll tiefster Empfindung und doch mit energischem Ausdruck vortrug. Ist es da nicht dem Hörer, als ob all der künstlich geschürte Haß, mit dem sich die betörte Welt zerfleischt, vor so viel friedlicher Schönheit, wie sie das Adagio dieser Sonate ausstrahlt, beschämt in Nichts zusammensinken müßte?

Bruno Schönlank, der junge eigengeartete Lyriker, veröffentlicht unter dem Titel „In diesen Nächten" bei Paul Cassirer neue Verse. Ein seltener Reichtum schließt sich auf aus wenigen Seiten, eine starke, die Welt mit Leidenschaft und Männlichkeit umfassende Dichterkraft bekundet sich erneut. Aus allen diesen Versen, die gespannt wie Saiten sind, klingt mehr noch als die Gewalt des streng und leicht beherrschten Wortes das heiße Pochen eines Menschenherzens. Qualvolle Beklemmung schicksalhafter Einsamkeit ballt sich bei Schönlank zu Visionen lebendigster und wirbelnder Bewegung. Die Städte, die wie dunkle Ungeheuer mit Menschen spielen und von Menschen zehren wühlen in seine Verse ihren fiebernden Rhythmus ein; der im Dienst der großen Stadt zur Frohn Verdammte, der Träumer und der Vagabund des Pflasters sind Verkörperungen seiner Einsamkeit. Zuweilen aber quillt zwischen tragischen Dissonanzen die reine Melodie eines einfachen, hauchzarten Liedes auf. Das steht dann zwischen schmerzgeprägten Zeilen wie eine aufblühende Blume in den schwarzen Fensterhöhlen der mitleidlosen, schweren Großstadtmauern.

Theaterchronik. Hans Müllers Schauspiel „Könige" wird am königlichen Schauspielhaus am Sonntag zum 50. Male gegeben.

* Das Kleine Theater läßt Mitte November einen neuen Berliner Autor, Erich Moll, zu Worte kommen, dessen Komödie „Entweder — Oder" ihre Uraufführung voraussichtlich in einer Matinee zugunsten der Unterstützungskasse des Deutschen Bühnenvereins und eines militärischen Wohlfahrtsfonds erleben wird.

Der sozialdemokratische Parteitag gegen die Reichsregierung.

Resolutionen der Gemäßigten und der Radikalen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

S. Würzburg, 17. Oktober.

Bei der Spaltung haben die Unabhängigen bekanntlich in der alten Fraktion so etwas wie einen Ueberwachungsausschuß zurückgelassen. Namens dieser Minderheit erstattete nun Abgeordneter Hoch sein Korreferat. David hatte gestern drei Stunden gesprochen, Hoch kam mit eineinhalb Stunden aus. Dafür hielt sich aber seine Rede in Prinzipienreiterei erheblich unter dem Niveau fast aller bisherigen großen Reden, wenn er sich auch in einem scharfen Gegensatz zur Mehrheit der Partei fast ängstlich jeden persönlichen Angriffs enthielt.

Hoch predigt auch seinerseits den rücksichtslosen Kampf gegen die Vaterlandspartei und gegen die Alldeutschen, die nach seiner Meinung nichts anderes sind als die letzten Vertreter eines Kapitalismus, der aus dem Krieg mit Eroberungen heimkommen müsse. So sieht Hoch in diesem Kampf um den Frieden in Wahrheit den fürchterlichsten Klassenkampf, der je dagewesen ist. Allerdings gibt Hoch zu, daß die Politik des 4. August die richtige gewesen sei und daß die Partei den Boden des Klassenkampfes nicht verlassen habe. Heute bedeute aber die Kreditgewährung nicht mehr eine Demonstration der Einigkeit, die in Wahrheit gar nicht mehr vorhanden sei. Die Partei müsse vielmehr nun mit der Kreditverweigerung die Unmöglichkeit begründen, mit einer solchen Regierung oder mit einer auf solchen Grundsätzen zusammengesetzten Regierung überhaupt noch weiter zu arbeiten. Als Beweis für die Zweideutigkeit der Reichspolitik und der Reichsleitung erzählt Hoch u. a., noch einmal vor seiner Entlassung habe Bethmann Hollweg beim Empfang der sozialdemokratischen Abgeordneten erklärt, als deutscher Reichskanzler könne er sich nicht festlegen, sondern müsse bei einem Friedensschluß herausholen, was herauszuholen sei.

Inzwischen sind zwei neue wichtige Anträge eingegangen, eine Entschließung Löbe (Breslau) und achtzehn anderer Genossen erneuern das Bekenntnis zur Verteidigung des Vaterlandes, verlangen einen Frieden, der kein Volk politisch oder wirtschaftlich oder finanziell vergewaltigt, bewilligt die Reichstagsentschließung vom 19. Juli und fordert die Reichsleitung zu rückhaltloser Offenheit in der Frage der Wiederherstellung Belgiens als nach allen Seiten hin neutraler Staat auf. Sie protestiert mit aller Entschiedenheit gegen alle Pläne auf Aufteilung Elsaß-Lothringens unter deutschen Bundesstaaten, erhebt scharfen Einspruch gegen die kriegverlängernden Bestrebungen der Alldeutschen, verlangt Durchführung demokratischer und sozialer Reformen im Reich, Staat und Gemeinde, insbesondere unverzügliche Durchführung des gleichen Wahlrechts in Preußen und verurteilt endlich die Politik der gegenwärtigen Reichsleitung.

Auf die Stimmung des Parteitages läßt die Tatsache schließen, daß schon vor Eintritt in die Debatte eine große Anzahl von Anträgen der Radikalen im Lande (auf Kreditverweigerung usw.) nicht einmal die notwendige Unterstützung fanden. In der Aussprache selbst kam deutlich und immer wieder zum Ausdruck, daß sich der Parteitag des lebhaftesten Interesses bewußt ist, das sich im Inlande wie im Auslande gerade an diese Frage und die Stellung der Sozialdemokratie dazu heftet. U. a. erklärte Reichstagsabgeordneter Rosse: Von einer Kriegsverweigerung könne dann erst die Rede sein, wenn die Internationalen überall dieselbe Verweigerung beschlossen und durchsetzen würden. Der Elsässer Emmel protestierte lebhaft gegen die Losreißung vom Reich mit dem das elsaß-lothringische Land und Volk aufs Engste zusammengewachsen sei. Lensch wandte sich gegen den Hauptfeind England und Stampfer, der Chefredakteur des „Vorwärts", der sich gegen den Angriff Hochs wehren mußte, spottete über den Ablehnungsfoller der „Unentwegten".

Der Verhandlungsbericht.

Als Gegenberichterstatter erhielt bei Beginn der Sitzung zum Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion Reichstagsabg. Hoch (Hanau) das Wort. Hoch gehört zu der radikalen Richtung in der Partei, hat sich aber mit der Minderheit den Fraktionsbeschlüssen bei der Bewilligung der Kriegskredite untergeordnet und ist der alten Partei verblieben. Er erklärt, daß er sich mit dem Genossen David über vergangene Dinge nicht auseinandersetzen wolle. Es werde doch erst eine endgültige Entscheidung möglich sein, wenn wieder die Genossen aus dem Felde zurück sind. Der Belagerungszustand verhindere es auch, daß eine freie Aussprache im Lande erfolge, die allein Klärung geben könnte, wie die Haltung der Gesamtpartei zu den streitigen Fragen sei. (Zustimmung eines Teiles der Delegierten.) David habe merkwürdigerweise übersehen, daß das Entscheidende darin gelegen habe, daß der Krieg von den herrschenden Klassen als Eroberungskrieg vorbereitet und gewollt sei. Wir haben aber als Sozialdemokraten die Pflicht, in erster Reihe unser eigenes Land zu verteidigen, denn wir dürfen nicht dulden, daß unser Volk vergewaltigt werde, wie wir so auch die Unterdrückung jedes anderen Volkes ablehnen müssen. Die Pflicht der Landesverteidigung grundsätzlich abzulehnen, widerspricht den sozialdemokratischen Grundsätzen. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist keineswegs richtig, daß die Unabhängigen auf diesen Standpunkt der grundsätzlichen Ablehnung der Landesverteidigung stehen. (Zustimmung und Widerspruch und Zurufe.) Wenn wir diese Pflicht der Landesverteidigung anerkennen, so haben wir aber auch die Pflicht, unablässig zu prüfen,

ob unsere Unabhängigkeit noch in Gefahr war

oder ob nicht andere Umstände vorhanden waren, die die Verlängerung des Krieges herbeiführten. Unsere Erklärung vom 4. August sprach das klar aus. Wir wollen nicht der deutschen Regierung mit gebundenen Händen folgen. Bei jeder neuen Kreditvorlage hatten wir uns die Entscheidung vorbehalten, ob noch die Voraussetzung für die Bewilligung des Kredites, nämlich die Bedrohung unseres Landes vorliege. (Lebhafte Zustimmung.) Unsere politische Stellung mußte sich in dem Augenblick ändern, wo unsere Feinde zum Frieden bereit waren. Längst ist die Gefahr einer Vergewaltigung Deutschlands unmöglich geworden. Dieser Krieg hat gezeigt, daß dank der modernen Technik und Wirtschaft die Völker nicht zu überwinden sind. Daraus ergibt sich, daß in Zukunft die Völker nach Rechtsgrundsätzen, die allen eine gleichmäßige freie Entwicklung gewähren, nebeneinander leben können und müssen. Das wird auch für die kommenden Friedensverhandlungen bestimmend sein. Auch ich bin der Meinung, daß nicht jeder Grenzstein unverrückt auf dem alten Platz bleiben wird. Das darf aber nicht mit Gewalt geschehen. Eroberungen und Vergewaltigungen halte ich nicht mehr für möglich. Das bedeutet aber auch, daß der bisherige Militarismus in Zukunft unmöglich sein wird. (Hört, hört! und Beifall.) Der Militarismus diente ja auch zum Schutz gegen den inneren Feind, die Kanonen sind die ultima ratio der wirtschaftlichen Ausbeutung. In Zukunft wird jedes Volk, das auf dem Weltmarkt Erfolg haben will, bestrebt sein müssen, seine wirtschaftliche Macht mit allen Mitteln zu entfalten.

Durch

die hohen Lebensmittelpreise,

die noch lange nach dem Kriege anhalten werden, droht dem Volke eine ungeheuerliche Ausbeutung und Verarmung. Aber auch der Kapitalismus ist durch den Krieg in seinen Grundlagen erschüttert und er wird das nicht mehr überwinden können. Die Wirtschaftsbetriebe dürfen dem Kapitalismus nicht mehr überantwortet bleiben. Hier muß sich die Gesamtheit einmischen und die Wirtschaft unter ihre Kontrolle nehmen. (Zustimmung.) Es sind die Klasseninteressen der Bourgeoisie, durch die der Krieg verlängert wird, nicht die Professorenideologie der Alldeutschen. Der Kampf für den Frieden bedeutet den schwersten Klassenkampf, und diesen müssen wir mit aller Schärfe nach unseren alten Grundsätzen aufnehmen. Aus der Verlängerung des Krieges droht dem Volke ein Verbluten und Verarmen. Hiergegen muß unser Kampf einsetzen. (Zurufe: Zum wie das denn nicht?) Wir müssen alle Parteien und Regierungen, die sich in den Dienst der Kriegsverlängerung im kapitalistischen Interesse stellen, mit aller Schärfe aufnehmen. Es darf nicht nach dem Kriege ein Gewaltregiment des Geldsacks und Militarismus entstehen. Daher sind die Verfassungsfragen mit der Friedensfrage zugleich zu lösen. (Zustimmung.)

Die Friedensresolution des Reichstags

könnte von ausschlaggebender Bedeutung sein, wenn hinter ihr ein entschlossener Kampfeswille steht. Daher müssen wir die noch bestehenden Unklarheiten und Zweideutigkeiten bekämpfen. Mit der Geduld und Kraft der Völker geht es in allen Ländern zu Ende. Die Regierungen sollten sich vergegenwärtigen, daß, wenn der Friede nicht in wenigen Wochen kommt, von oben kommt, aus den Volksmassen heraus revolutionäre Zuckungen entstehen werden. Das würde ein Unglück für unser Land bedeuten, und vor diesem müssen wir Deutschland bewahren. (Beifall.) Daher haben wir der Regierung unzweideutig zu erklären, daß wir keinen Pfennig weiter für den Krieg bewilligen werden, wenn sie sich nicht klar und deutlich für unsere Friedensforderung ausspricht. So lange wir nicht diese grundsätzliche Erklärung abgeben, steht uns kein Recht zu, gegen die anderen Völker Vorwürfe zu erheben. (Anhaltender Beifall der Minderheit.) Abg. Hoch stellt gemeinsam mit der auf seinem Standpunkt stehenden Minderheit folgenden **Antrag:**

„Die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß endlich der Krieg beendet wird, durch den Frieden, der das einzige Mittel dazu ist, nämlich durch den Frieden, ohne politisch, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen irgend eines Volkes, ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen und auf der Grundlage der Selbstbestimmung der Völker. Zu dem Frieden können wir erst dann gelangen, wenn in allen Ländern das arbeitende Volk den Widerstand der großkapitalistischen und militaristischen Kreise überwunden hat, die nicht auf Eroberungen verzichten, sondern den Krieg weiter und weiter verlängern wollen in der Hoffnung, daß sich ihnen doch noch eine günstige Gelegenheit zur Eroberung bieten werde. So ist mit dem Kampf für den Frieden unlösbar verbunden der Kampf gegen die politische Bevormundung des Volkes im eigenen Lande, der Kampf um das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für alle Wahlen, um den entscheidenden Einfluß des Volkes auf die Regierung, um die Beseitigung aller volksfeindlichen Beschränkungen. In diesem Kampfe hat die Sozialdemokratie die Führung zu übernehmen im Sinne der Grundsätze unseres Parteiprogramms und der Beschlüsse, unsere Parteitage und internationalen Kongresse, die die Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner fordern und eine Politik des Entgegenkommens an Eroberungspläne und scharfmacherische Bestrebungen ablehnen. Daher hat die Sozialdemokratie auch die Regierungen zu bekämpfen, die offen oder hinterhältig die Bestrebungen gegen den von uns geforderten Frieden fördern. Unsere Reichstagsfraktion kann der jetzigen Reichsleitung keine Kriegsforderung bewilligen und ebensowenig einer anderen Reichsleitung, die sich nicht ausdrücklich und unzweideutig in allgemeinen und den wichtigsten Einzelfragen zu unseren Friedensforderungen und den notwendigen Verfassungsänderungen oder deren Handlungen ihren Zusicherungen widersprechen."

---

* Der **Reichskanzler** Dr. Michaelis besuchte einem Privat-Telegramm zufolge die Stadt Wilna.

Das Eisenbahnunglück in Schönhausen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

e. Schönhausen a. E., 17. Oktober.

Die Aufräumungsarbeiten auf dem Bahnhof Schönhausen, der gestern der Schauplatz des furchtbaren Eisenbahnunglücks war, sind noch im Laufe der Nacht unter Leitung eines Stendaler Regierungsbaumeisters beendet worden. Erst hierbei konnte man die furchtbare Wucht des Zusammenstoßes ersehen. Die vier letzten Wagen des Sonderzuges wurden aus den Schienen gehoben und 30 Meter weit geschleudert. Die Maschine des Ferienzuges hatte sich tief in den Güterzug hineingewühlt, die übrigen Wagen des Sonderzuges sind vollständig zertrümmert, die Schienen krumm gebogen, und auf dem Bahnkörper lagen in weitem Umkreise blutgetränkte Kissen, Fetzen von Kleidungsstücken und Gepäckstücke. Heute morgen konnte der Verkehr wieder aufgenommen werden. Die Leichen der getöteten Kinder sind in einem Getreideschuppen am Bahnhof aufgebahrt. Hundert von Personen aus der Umgebung umstehen den Unglücksplatz, der vorläufig noch durch Gendarmerie und Bahnwärter abgesperrt ist. Der getötete Schaffner heißt Spohn und stammt aus Stendal; auch der Lokomotivführer des Sonderzuges, Harzer, stammt aus Stendal. Er ist, bis zur Klärung der Schuldfrage, vom Dienst dispensiert.

Die verunglückten Kinder stammten alle aus München-Gladbach. Heute morgen sind ein katholischer Geistlicher und eine Lehrerin von dort in Schönhausen eingetroffen, um die Toten zu identifizieren. Das ist aber bisher nur bei zwei Knaben gelungen, da die übrigen Kinder, wie bereits gemeldet, keine Legitimationspapiere bei sich hatten. Das Befinden der im Krankenhaus Stendal untergebrachten Kinder ist noch immer sehr bedenklich. Einige der Kinder haben furchtbar schwere Verletzungen erlitten. So wurden einem Kinde beide Beine abgequetscht, einem anderen Kinde mußte noch gestern abend ein Bein amputiert werden. Es verlautet, daß von den fünf Schwerverletzten am heutigen Vormittag zwei gestorben sein sollen.

Gegen die Erhöhung des Eisenbahntarifs. Der Verbandreisender Kaufleute Deutschlands in Leipzig hat in einer Eingabe, die sämtlichen Verwaltungen zugegangen ist, gegen den Zuschlag für Eilgüter Stellung genommen. Er verlangt Befreiung von der Steuer für die noch unbedingt notwendigen geschäftlichen Reisen und fordert baldmöglichste Beseitigung der Zuschläge; keinesfalls sollen sie über den Zeitpunkt des Inkrafttretens der bereits beschlossenen Fahrpreiserhöhungen in Kraft bleiben. — Auch die Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände wendet sich in einer Eingabe gegen die Zuschläge; sie wünscht auch die Befreiung der notwendigen Reisen der Berufsverbände.

Personalnachrichten. Justizrat Leopold Salomon, ein bekannter Berliner Rechtsanwalt, ist gestern abend im Alter von 59 Jahren gestorben. Justizrat Salomon, der gestern noch seine Termine wahrnahm, wurde beim Schachspielen von einem Unwohlsein getroffen und verschied durch Herzschlag. Er war der Gatte der Schriftstellerin Ola Olsen.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Im Nordwesten und Süden leichte Regenfälle, in den anderen Gegenden trocken, aber vielfach nebelig.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Zunächst noch trocken und vielfach heiter, später langsame Zunahme der Bewölkung und allmähliche Erwärmung.

Die Entmündigung des Prinzen Friedrich Leopold Sohn.

Die Rechtsgültigkeit der allerhöchsten Kabinettsorder durch Zwischenurteil festgestellt. — Erlaß eines umfangreichen Beweisbeschlusses.

Die Anfechtungsklage des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen Sohn gegen die über ihn verhängte Entmündigung wegen Verschwendung beschäftigte heute zum zweitenmal den mit dem Kammergericht verbundenen Geheimen Justizrat. Heute stand Termin zur Verkündung einer Entscheidung an. Der Prinz und seine Mutter waren nicht erschienen der Prinz war vertreten durch die Rechtsanwälte Justizrat Lubczinski und Dr. Werthauer, für die Beklagten waren die Rechtsanwälte Justizrat Reimer und Dr. Wangemann anwesend. Der Vorsitzende des Geheimen Justizrats, Senatspräsident Günther, eröffnete pünktlich um 10 Uhr die Sitzung und verkündete folgende Entscheidung:

1. **Die Klage**, soweit sie sich **gegen den König** und gegen den Hausminister als den Vertreter des Königs richtet, wird **abgewiesen.**

2. Die gegen die **Rechtsgültigkeit der allerhöchsten Kabinettsorder** vom 16. Juni 1917 erhobenen **Einwendungen** werden als **unbegründet verworfen.**

Außerdem hat das Gericht einen

umfangreichen Beweisbeschluß

erlassen, nach dem die tatsächlichen Behauptungen der Parteien einer eingehenden Prüfung unterzogen werden sollen. Es soll im einzelnen nachgeprüft werden, ob und in welcher Weise der Prinz verschwendet hat. Zu diesem Zwecke sollen als Zeugen vernommen werden: die Baronin Cerini, eine langjährige Freundin der Prinzessin-Mutter, der Prinz und die Prinzessin Friedrich Leopold von Preußen, ein Herr v. Succow, der Generaldirektor der königlichen Museen, Dr. v. Bode, die Kunsthändler Jacob und Dörpler und der Inhaber der Kunsthandlung Gurlitt. Dem Prinzen Sohn wird aufgegeben, binnen zwei Wochen eine Aufstellung der von ihm angeschafften Gegenstände einzureichen, damit an der Hand dieses Verzeichnisses die Beweisaufnahme durchgeführt werden kann. Die Kunsthändler und Generaldirektor v. Bode sollen Auskunft über den Wert der Gemälde, die sich der Prinz angeschafft hat, geben, während Herr v. Succow über Maßnahmen, die die Gläubiger des Prinzen gegen diesen unternehmen wollten, Auskunft erteilen soll. Der Wert der Juwelen des Prinzen soll durch einen von dem mit der Beweisaufnahme beauftragten Richter zu bestimmenden Sachverständigen festgestellt werden.

Die Entscheidung des Geheimen Justizrats beruht auf folgenden Erwägungen:

Die Parteien waren sich darüber einig, daß die Klage nur gegen einen der Beklagten gerichtet werden konnte. Das Gericht ist der Auffassung der Klage beigetreten, daß die Klage allein gegen den Minister des königlichen Hauses gerichtet werden müsse. Das Gericht sieht den Minister des königlichen Hauses als den eigentlichen und einzigen Antragsteller an. Es ist anzunehmen, daß die allerhöchste Kabinettsorder den Zweck hatte, den König nicht in das Verfahren hineinzuziehen. Der Entmündigungsbeschluß ist von einer falschen Auffassung ausgegangen, wenn er den König als den Antragsteller angesehen hat. Das Gericht gibt zu, daß in Preußen kodifizierte Hausgesetze, wie sie in anderen Bundesstaaten bestehen, nicht existieren, daß sie vielmehr vereinzelt in letztwilligen Verfügungen niedergelegt sind und im übrigen auf ungeschriebenem Gewohnheitsrecht beruhen.

Die Familiengewalt des Königs

ergibt sich aber schon aus dem Gerichen Hausgesetz von 1603. Die Frage, ob zur Familiengewalt auch die Entmündigung gehört, ist bisher in der Literatur nicht erörtert, auch ist bisher ein solcher Fall in Preußen noch nicht vorgekommen. Es wird anerkannt, daß die Entmündigung an sich über die Befugnisse der Familiengewalt hinausgeht, da sie auch im öffentlichen Leben eine bedeutende Rolle spielt. Aber andererseits ist zu berücksichtigen, daß dabei auch die öffentlich rechtliche Stellung der landesherrlichen Familie in Frage kommt. Wie die Mitglieder der königlichen Familie gegenüber anderen Staatsbürgern Vorrechte genießen, so müssen sie auch Beschränkungen im Kauf nehmen, die mit ihrer Stellung als Prinzen verbunden sind. Die Entmündigung soll aber nicht nach Willkür, sondern nur, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, ausgesprochen werden. Die Einführungsgesetze zum Bürgerlichen Gesetzbuch und zur Zivilprozeßordnung bestimmen, daß die Gesetze auf Mitglieder des königlichen Hauses keine Anwendung finden, wenn die Hausverfassung etwas anderes bestimmt. Die Hausverfassung bestimmt aber, daß der König als Oberhaupt der Familie darauf zu achten hat, daß durch das Verhalten der Mitglieder des königlichen Hauses die Ehre, die Würde und das Ansehen der königlichen Familie nicht gefährdet wird. Daher kann der König auch die Entmündigung anordnen, er kann Heiraten verbieten, Urlaub verweigern, Reisen in das Ausland verbieten, er kann alles anordnen, was zur Aufrechterhaltung der Ehre und des Ansehens der königlichen Familie erforderlich erscheint. Gleichgültig ist, ob dadurch die Rechte dritter berührt werden. Er kann auch die Entmündigung einem zu diesem Zweck zu ernennenden Kommissar übertragen und bestimmen, daß das Reichsgericht als Revisionsinstanz ausgeschlossen sein solle. Es kommt lediglich darauf an, ob der Prinz tatsächlich ein Verschwender sei. Um das festzustellen, ist, da unter den Parteivertretern viele Streitpunkte bestehen, über die Behauptungen der beiden Parteien die Beweisaufnahme angeordnet worden.

*

Hierzu wird uns von geschätzter juristischer Seite noch geschrieben:

Die Auslegung der Hausgewalt

durch den Geheimen Justizrat schafft einen höchst wunderbaren Zustand. Zwar ist nirgends in einem schriftlichen Hausgesetze festgelegt, wie weit sie zu gehen habe, sondern nur in der Literatur die Ansicht vertreten, daß der König alles tun dürfe, was zur Erhaltung der Ruhe, Ehre, Ordnung und Wohlfahrt des königlichen Hauses diene. Trotzdem nimmt das Urteil Befugnisse des Königs an, wie sie kaum der Absolutismus Friedrich Wilhelms I. gekannt hat. Der König soll danach an sich befugt sein, selbst jedes Mitglied des königlichen Hauses zu entmündigen und seine Handlungsfreiheit zu beschränken. Daß dadurch das Reichstagswahlrecht des Prinzen (also ein nichtpreußisches Recht) aufgehoben wird, erkennt der Geheime Justizrat ausdrücklich an, hält es aber für unwesentlich. Das Gericht nimmt an, daß der König, da er selbst hätte entscheiden können, auch zur Entscheidung eine andere Behörde bestimmen und demgemäß das Verfahren eigens festsetzen dürfe. Ausdrücklich betont es, daß er auch die Zuständigkeit des Reichsgerichts als Revisionsinstanz ausschließen könne. Es erscheint etwas merkwürdig, daß schon das Gericht erster Instanz es nötig findet, der obersten zu präjudizieren.

Danach wäre es ein besonderes Wohlwollen, daß der König überhaupt in geordnetes Verfahren nach den Grundsätzen des bürgerlichen Rechts zuläßt und die Erhebung von Beweisen gestattet. Nötig hätte er es nach dieser Auffassung nicht, und ein Rechtsanspruch der Prinzen des königlichen Hauses darauf, rechtliches Gehör zu finden, wäre aus dieser Auslegung der Hausgewalt nicht abzuleiten. Die „Vorrechte" der Prinzen, die im wesentlichen in dem besonderen Gerichtsstande bestehen, werden auf diese Art zu schwersten Nachteilen.

* Die Verhältnisse in überseeischen Ländern

werden alljährlich in den Geschäftsberichten der Deutschen Ueberseeischen Bank eingehend behandelt. Auch der Bericht der Verwaltung für das Jahr 1916, der jetzt vorliegt, gibt wieder eine Fülle interessanter Mitteilungen über die einzelnen Arbeitsgebiete der Bank, aus denen wir die folgenden herausheben: Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in

Argentinien

gestaltete sich im Jahre 1916 nicht so günstig wie im Vorjahre. Die während vieler Monate fast ununterbrochen herrschende Trockenheit war von sehr nachteiligem Einfluss auf das Wachstum der Saaten und die Weiden. In verschiedenen Gegenden wurde ferner erheblicher Schaden durch grosse Heuschreckenschwärme angerichtet. Die Herden hatten ebenfalls unter der Trockenheit wie auch unter einem aussergewöhnlich harten Winter zu leiden.

Das geringe Ernteerträgnis und der Mangel an Frachtraum hatten eine bedeutende Abnahme der zur Verschiffung gelangenden Getreidemengen zur Folge, die sich auf ungefähr 6 Mill. To. in 1916 gegen 8 Mill. To. in 1915 beliefen. Dementsprechend weist auch der Wert der Ausfuhr einen beträchtlichen Rückgang auf, wie aus nachstehenden Zahlen hervorgeht:

	Ausfuhr:	Einfuhr:	
Wirtschaftsjahr 1915/16 (1. Oktober 1915 bis 30. September 1916)	480 400 000	230 600 000	Goldpesos
Wirtschaftsjahr 1914/15	525 400 000	204 400 000	„

Der Goldbestand der Konversionskasse betrug Ende 1916 etwa 317 Mill. Goldpesos (davon 58 Mill. bei den argentinischen Gesandtschaften im Ausland) gegen 306 Mill. Ende 1915. Die grossen Gold- und Geldansammlungen geben dem Land einen starken finanziellen Rückhalt und lassen im Verein mit den günstigen Aussichten für die neue Ernte 1917/18 die Hoffnung berechtigt erscheinen, dass Argentinien nach Beendigung des Krieges von neuem einer Zeit des Aufblühens entgegengeht. In

Bolivien

kann die allgemeine wirtschaftliche Lage während des Jahres 1916 als befriedigend bezeichnet werden. Der auswärtige Handel, der bereits im Jahre 1915 einen aussergewöhnlich hohen Ausfuhrüberschuss aufwies, erfuhr im ersten Drittel des Jahres 1916 eine weitere günstige Entwicklung. Die Steigerung in der Ausfuhr dürfte im zweiten Halbjahr zum Teil wieder ausgeglichen worden sein, da die Förderung verschiedener Minenunternehmungen infolge eines vorübergehenden Preisrückganges der Metalle nachgelassen hat. Auch die Verschiffung von ärmeren Kupfererzen hat sich bei den hohen Frachtsätzen nur zum Teil als lohnend erwiesen. Das Bild, das das Wirtschaftsleben in

Brasilien

im Jahre 1916 zeigt, ist im allgemeinen ein günstiges. Die durch den Weltkrieg geschaffenen aussergewöhnlichen Verhältnisse haben zwar einerseits durch den Mangel an Schiffsraum und durch ausserordentlich hohe Frachtsätze manche Störungen und Erschwerungen im Güteraustausch hervorgerufen, andererseits trugen sie aber dazu bei, die Erstarkung der heimischen Industrie zu fördern und dem Lande neue Hilfsquellen zu erschliessen. Ausfuhr und Einfuhr weisen beträchtliche Zunahmen auf, wie aus den nachstehenden Zahlen erhellt:

	Ausfuhr:	Einfuhr:	
im Jahre 1916	55 010 000	40 287 000	Pfd. Sterl.
„ „ 1915	52 970 000	30 088 000	„ „

Die Verschiffungen der beiden wichtigsten Erzeugnisse des Landes, Kaffee und Gummi, blieben ungefähr auf der Höhe des Vorjahres. Die Preise erfuhren für beide Artikel eine nicht unwesentliche Steigerung. Dem fast völligen Verschwinden der Ausfuhr von Baumwolle, deren gesamte Erzeugung der heimischen Textilindustrie zugeführt wurde, steht die bedeutende Steigerung in der Ausfuhr von Zucker, Holz, Manganerzen und ganz besonders von Viehzuchterzeugnissen gegenüber. Die Ausfuhr von Häuten und Fleisch, vor allem Gefrierfleisch, hat im Laufe von wenigen Jahren einen geradezu erstaunlichen Aufschwung genommen. Damit entwickelt sich Brasilien neben Argentinien zu einem der bedeutendsten Viehzuchtgebiete Südamerikas. Der Kurs für 90-Tage-Sicht-Wechsel auf London bewegte sich in den ersten vier Monaten zwischen 11⅛ und 12 Pence und im übrigen Verlauf des Jahres ungefähr zwischen 12½ und 12 Pence. Bereits die Kriegserklärung Deutschlands an Portugal rief in Brasilien, wo der Handel zum überwiegenden Teil in den Händen von Portugiesen oder deren Nachkommen liegt, lauten Widerhall hervor. Inmitten des Widerstreits der Meinungen war es der korrekten Haltung der Regierung zu verdanken, dass das Land während des Jahres 1916 seine Neutralität bewahrte. Wenn diese auch im Frühjahr 1917 zugunsten der Alliierten aufgegeben wurde, so hat der bisherige Gang der Ereignisse doch gezeigt, dass die mehrfach von verantwortlicher Stelle abgegebene bündige Erklärung, dass Leben und Eigentum der in Brasilien ansässigen Deutschen unter allen Umständen geschützt und geachtet würden, volles Vertrauen verdient. Die weniger günstigen Bedingungen, die Ende 1915 in der wirtschaftlichen Lage von

Chile

bestanden, und die in dem Rückgang des Wechselkurses sowie des Salpeterpreises zum Ausdruck kamen, dauerten auch in den ersten Monaten des Jahre 1916 noch an. Alsdann trat aber ein so bedeutender Umschwung ein, dass das Gesamtbild des Wirtschaftslebens während des Jahres 1916 überaus erfreulich ist; sind doch die Zahlen der Ausfuhr wie des gesamten auswärtigen Handels in keinem früheren Jahre erreicht worden. Sie beliefen sich auf:

	Ausfuhr:	Einfuhr:
im Jahre 1916 chil. Goldpesos zu 18 d	513 584 733	222 520 828
„ „ 1915 „ „ „ 18 d	327 479 160	153 211 560

Die Salpeterindustrie, die infolge des starken Bedarfs für die Zwecke der Munitionsherstellung und der Landwirtschaft einen ungeahnten Aufschwung nahm, blickt auf ein sehr gutes Jahr zurück. Nach den Mitteilungen der Salpeter-Propaganda-Gesellschaft in Santiago wurden folgelnde Ergebnisse erzielt:

	Erzeugung:	Ausfuhr:
im Jahre 1916 span. Zentner (zu 46 kg)	63 314 823	64 791 346
„ „ 1915 „ „ „ „ „	38 168 503	43 984 660

Der Salpeterpreis, der sich zu Anfang des Jahres auf etwa 7 sh. für den spanischen Zentner stellte, fiel im März auf 6 sh. 8½ d., erholte sich bis zum Juli auf etwa 7 sh. 5 d. und erfuhr dann eine bedeutende Steigerung; Notiz im Oktober und November fast 10 sh., am Jahresende ungefähr 9 sh. Die Erzeugung künstlichen Stickstoffs hat in Deutschland und Oesterreich weitere bedeutende Fortschritte gemacht. Berücksichtigt man ferner den zu erwartenden Mangel an Schiffsraum, so muss in den genannten Ländern mit einem erheblich geringeren Verbrauch an Chilesalpeter nach dem Kriege gerechnet werden. Dagegen zeigt die Ausfuhr nach Nordamerika eine beträchtliche Steigerung. Auch die chilenische Kupferausfuhr, die durch lebhafte Nachfrage und unerwartet gute Preise für Kupfer ausserordentlich begünstigt wurde, weist eine bedeutende Zunahme auf. Die überaus günstige Entwicklung des Kurses für 90-Tage-Sichtwechsel auf London trat namentlich im zweiten Halbjahr in die Erscheinung. Während der Kurs sich von Januar bis August 1916 zwischen 8⅛ und 9⅛ d. bewegte, stieg die chilenische Währung in den letzten Monaten bis 12 d. im Dezember, d. h. auf einen Stand, wie er seit dem Jahre 1909 nicht wieder erreicht worden war. Ueber

Peru.

wird berichtet, dass das Wirtschaftsleben, das beim Ausbruch des europäischen Krieges bis in seine Grundfesten erschüttert worden war, sich aber bereits im Laufe des Jahres 1915 allmählich erholt hatte, im Jahre 1916 — gestützt auf den natürlichen Reichtum des Landes — eine weitere recht günstige Entwicklung erfuhr. Es ist eine eigenartige Wechselwirkung, dass Peru, wie erst den Niedergang, sodann den Aufschwung in der Hauptsache dem Weltkriege verdankt, denn die durch ihn verursachte aussergewöhnliche Preissteigerung der wichtigsten Ausfuhrerzeugnisse des Landes, wie Zucker, Wolle, Kupfer, Silber und Petroleum, hat nicht nur eine bemerkenswerte Zunahme der Ausfuhr bewirkt, sondern auch den Erzeugern und dem Zwischenhandel recht ansehnliche Gewinne eingebracht. Für

Uruguay

waren aussergewöhnliche Trockenheit und die durch deren Folgen im ganzen Lande hervorgerufenen Missstände die besonderen Merkmale des Jahres 1916. Viehzüchter, Landwirte, Kaufleute und alle diejenigen, die unmittelbar oder mittelbar Anteil an der Landwirtschaft haben, erlitten grosse Verluste durch den Regenmangel in ausgedehnten Landstrichen. Um schwerwiegendere Folgen zu vermeiden, wurde der Einfuhrzoll auf Futtermittel aufgehoben. Trotz der nachteiligen Einwirkungen der langanhaltenden Dürre hat das Land auch in diesem Jahre reichen Nutzen aus seinen Viehbeständen ziehen können, und grosse Abschlüsse mit der englischen Regierung beschäftigten die Gefrierfleischanstalten wieder in ausgedehntem Masse.

Der Einfluss des Weltkrieges blieb auch im Jahre 1916 in Spanien sehr fühlbar. Die starke Ausfuhr von Lebensmitteln, besonders nach Frankreich, rief Teuerungen hervor, die wiederholt Arbeiterausstände zur Folge hatten. Dies veranlasste die spanische Regierung, eine ganze Reihe von Landeserzeugnissen mit Ausfuhrzöllen zu belegen, während sie zur Hebung der Einfuhr verschiedene Einfuhrzölle fallen liess. Besonders machte sich ein grosser Mangel an Kohlen bemerkbar, und trotzdem die heimischen Minen ihre Ausbeute ganz bedeutend erhöhten, konnte der Versand, infolge Fehlens von rollendem Eisenbahnmaterial, mit der Förderung bei weitem nicht Schritt halten. Dank der vorzüglichen Ernte sowie der erhöhten Ausfuhr insbesondere von Fertigartikeln hat die Handelsbilanz eine nicht unwesentliche Besserung erfahren. Diese günstige wirtschaftliche Entwicklung ermöglichte es Spanien, seine Goldbestände bedeutend zu erhöhen.

Den Abschluss der Bank, die wieder 6 pCt. Dividende ausschüttet, haben wir bereits ausführlich gemeldet. Die Bilanz weist u. a. folgende Posten auf: Kasse, fremde Geldsorten usw. 50 Mill. M. (1915/16 54,4), Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen 109,7 Mill. M. (94,9), Nostroguthaben bei Banken usw. 17 Mill. M. (16), Vorschüsse auf Waren 1,8 Mill. M. (1,9), eigene Wertpapiere 19,3 Mill. M. (14) und Debitoren in laufender Rechnung 68,4 Mill. M. (60,3). Die Kreditoren haben sich von 198,8 auf 233,7 Mill. M. erhöht, die Akzepte und Schecks von 3 auf 1,7 Mill. Mark ermässigt. Die Aussichten der Bank für das laufende Jahr sind, wie es im Bericht heisst, nicht günstiger als im Vorjahre, aber keineswegs entmutigend. Die lange Kriegsdauer und die feindlichen, auf die Vernichtung des deutschen Handels in Uebersee gerichteten Massnahmen, besonders aber der Eintritt Nordamerikas in den Krieg seien naturgemäss nicht ohne weitere hemmenden und schädigenden Einwirkungen auf die Geschäfte der Zweigniederlassungen geblieben. Trotzdem seien die über das erste Halbjahr vorliegenden Gewinnzahlen nicht ungünstig und liessen, wenn das zweite Halbjahr ungefähr dem ersten entspreche, auch für das Jahr 1917 ein unter Berücksichtigung der allgemeinen Verhältnisse befriedigendes Erträgnis erhoffen.

Die Deutsche Gasglühlicht Akt.-Ges.

weist für das Jahr 1916/17 einen Geschäftsgewinn von 25 441 142 M. (1915/16: 17 381 665) aus. Die Rücklage für die Kriegssteuer ist wie im Vorjahre vorweg abgesetzt worden. Von dem Geschäftsgewinn war zunächst ein Betrag von 2 260 305 Mark zu kürzen, der dem abgelaufenen Jahre aus der bekannten ersten Ausschüttungstransaktion zugunsten der Stammaktionäre belastet werden musste. Das Gesamterfordernis für diese Transaktion hatte sich auf 11 682 000 M. belaufen, davon waren aber 9 421 694 M. der „Reserve zur Verfügung künftiger Generalversammlungen" entnommen worden. Die Handlungsunkosten stiegen von 5 078 942 M auf 10 116 307 M. Ein erheblicher Teil der Steigerung entfällt auf die mit 3 836 432 M. (862 314) ausgewiesenen Wohlfahrtsausgaben. Ausserdem ist zu berücksichtigen, dass in diesem Jahre die Einkommen- und Gewerbesteuern in dem Posten Handlungsunkosten enthalten sind, während sie im Vorjahre in Höhe von 804 468 M. gesondert aufgeführt wurden. Im Vorjahre war auch noch ein Betrag von 1 038 000 M. zur Schaffung einer Kriegsfürsorgestiftung vom Geschäftsgewinn abgezweigt worden. Die Abschreibungen werden von 452 511 M. auf 1 074 861 M. erhöht, und zwar ist diese Steigerung auf eine Erhöhung der Zugänge auf den mobilen Anlagekonten, besonders Werkzeuge und Maschinen, zurückzuführen, die, wie in den früheren Jahren, auf je 100 000 M. abgeschrieben wurden. Einschliesslich eines Vortrages von 2 367 007 M. (2 327 594) verbleibt ein Ueberschuss von 14 356 674 M. (12 335 337). Nur ein verhältnismässig kleiner Teil dieses Gewinnes wird zur Ausschüttung der regulären Dividenden (5 pCt. auf 8,808 Mill. M. Vorzugsaktien, 5 pCt. auf 1 965 Mill. M. Stammaktien Lit. C. und 25 pCt. auf 7,935 Mill. M. Stammaktien Lit. A) benötigt. Er stellt sich einschliesslich der Tantieme von 100 000 M. an den Aufsichtsrat auf 2 622 400 M., während im Vorjahre für diese Zwecke, da damals noch die gesamten Stammaktien eine 25proz. Dividende erhielten, ein Betrag von 3 015 400 M. erforderlich war. Für die neuerdings vorgeschlagene Sonderausschüttung auf die Stammaktien, bei der jede vierte Stammaktie wieder in eine Lit. C.-Aktie umgewandelt werden soll, würden 7 936 000 M. und für den vorgeschlagenen Rückkauf eines Teils der Vorzugsaktien 2 122 880 M. erforderlich sein. (Im Vorjahre erhielt die Reserve zur Verfügung künftiger Generalversammlungen 5,8 Mill. M., während für den Rückkauf von Vorzugsaktien ein Betrag von 1 152 930 M. verwendet wurde). Bei einer derartigen Verwendung des Gewinns würde sich der Vortrag von 2 367 007 M. auf 1 675 394 M. verringern.

Laut Geschäftsbericht haben die Betriebe der Gesellschaft im abgelaufenen Jahre zufriedenstellend gearbeitet. Es war möglich, die ausschliesslich Heereszwecken dienenden Betriebe wesentlich zu erweitern, wobei indes die Maschinen, Werkzeuge und sonstigen Einrichtungen der Gesellschaft in rücksichtsloser Weise in Anspruch genommen werden mussten. Der Umsatz der Gesellschaft ist wiederum gestiegen und hat ungefähr das Dreifache des besten Friedensjahres erreicht.

In der Bilanz erscheinen Warenvorräte mit 6,7 Mill. M. (4,6), Beteiligungen und Effekten mit 21,7 Mill. M. (20,7). Darunter befinden sich 13,5 Mill. M. Kriegsanleihe, ferner sonstige mündelsichere Wertpapiere in Höhe von etwa 6 Mill. M. Die Beteiligungen würden danach mit etwa 6½ bis 7 Mill. M. zu Buche stehen. Bezüglich der Veränderungen bei den Beteiligungen der Gesellschaft ist zu bemerken, dass die Gesellschaft ihren Besitz an Werten der Welsbach Light Co. Ltd., London, abgestossen und im Zusammenhang damit Aktien der Oesterreichischen Gasglühlicht- und Elektrizitäts-Gesellschaft, Wien erworben hat. Da die Welsbach-Aktien in der Auer-Bilanz vollständig abgeschrieben waren, ist anzunehmen, dass die Gesellschaft die neue österreichische Beteiligung sehr niedrig in die Bilanz einstellen kann. Bei Gelegenheit dieser Umtauschtransaktion wurde auch die Garantie für die Obligationsschuld der englischen Gesellschaft aufgehoben. Weiter ist zu bemerken, dass die Auer-Gesellschaft das Kapital der ihr gehörigen „Gesellschaft zur Verwertung chemischer Produkte m. b. H." auf 1 Mill. Mark erhöht und ihr ein Darlehn von 6 Mill. M. gegen Verzinsung und Beteiligung am Gewinn zur Verfügung gestellt hat. Dieser Gesellschaft wurden die chemischen Betriebe und ein wichtiger Teil der Kriegsbetriebe der Auer-Gesellschaft übertragen. Debitoren erscheinen mit 25,9 Mill. M. (21,9). Davon sind 12,8 Mill. M. (14,1) Aussenstände bei Untergesellschaften. Kreditoren haben 26,3 Mill. M. (13,7) zu fordern, davon Untergesellschaften 1,6 Mill. Mark (1,3). Bei Beurteilung der Bilanz ist zu berücksichtigen, dass der Gesellschaft im April 1917 ein Betrag von 11 682 000 M. an Barmitteln durch die erste Ausschüttung an die Stammaktionäre entzogen worden ist. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes muss die Liquidität der Gesellschaft trotz der Steigerung der Kreditoren als recht günstig bezeichnet werden. Die Vorschläge für die Verwendung des Reingewinns von 1916/17, die eine Gesamtausschüttung von 12 681 280 M. vorsehen, würden allerdings diese Flüssigkeit erheblich beeinträchtigen, wenn nicht anzunehmen wäre, dass die Gesellschaft im neuen Geschäftsjahre bereits weitere liquide Mittel angesammelt hätte.

*** Eine Wiederaufnahme der Dividendenzahlung** können die Wittener Stahlröhrenwerke, die seit dem Jahre 1911/12 keine Dividende mehr ausschütteten und später sogar erhebliche Unterbilanzen aufweisen mussten, für das Jahr 1916/17 vorschlagen. Der Rohüberschuss stieg von 1 628 454 auf 4 028 187 M., was von der Verwaltung im Geschäftsbericht damit erklärt wird, dass die Gesellschaft im Berichtsjahre den erhöhten Anforderungen von Heer und Marine besser als im Vorjahre entsprechen konnte. Die Generalunkosten nahmen 459 594 M. (369 445) in Anspruch. Die Abschreibungen werden in Höhe von 2 982 485 M. (539 608) vorgeschlagen. Diese Steigerung ist nicht nur auf eine Erhöhung der Abschreibungssätze für die verschiedenen Anlagekonten (z. B. Maschinen 30 pCt. gegen 10 pCt. im Vorjahre) zurückzuführen, sondern insbesondere darauf, dass auf das Effektenkonto 304 658 M. (0) abgeschrieben wurden, und dass die beiden Quotenkaufkonten Raunheim und Siegen, die im Vorjahre mit 277 790 M. bzw. 1 639 344 M. figurierten, jetzt vollständig abgebucht worden sind. Diese letzteren Abschreibungen werden von der Verwaltung damit erklärt, dass die der Gesellschaft für die Zeit nach dem Friedensschluss gestellten Aufgaben in ihrem vollen Umfange heute noch unbekannt sind, und dass ausserdem die Frage noch ungeklärt ist, welche Lösung die Syndikats- und Exportverhältnisse nach dem Kriege finden werden. Durch die völlige Abschreibung der Quotenkäufe, die allerdings früher mit sehr hohen Beträgen zu Buche standen, wird für die Gesellschaft jedenfalls eine erhebliche innere Reserve geschaffen. Der diesjährige Reingewinn stellt sich auf 708 232 M., während sich im Vorjahre ein Jahresgewinn von 660 787 M. ergab, der indes zur Tilgung des damaligen Verlustvortrages verwendet werden musste. Die Verwaltung schlägt neben verschiedenen Dotierungen und Zuweisungen die Ausschüttung einer Dividende von 6 pCt. gleich 450 000 M. vor, die der im Jahre 1910/11 gezahlten entspricht. In den Jahren 1908/09 und 1909/10 waren Dividenden von 25 und 16 pCt. — wie die spätere Entwicklung zeigte, aber zweifellos auf Kosten der inneren Fundierung des Unternehmens — ausgeschüttet worden. In der Bilanz erscheinen u. a.: Effekten mit 3 476 258 M. (958 564), Vorräte mit 1 157 671 M. (1 869 531), Aussenstände mit 2 925 720 M. (2 414 931) und Bankguthaben mit 2 026 626 M. (949 827). Kreditoren haben sich trotz der erheblichen Zunahme der flüssigen Mittel nur von 516 045 auf 772 811 M. erhöht. Für das laufende Geschäftsjahr teilt die Verwaltung mit dass die Schwierigkeiten und Kosten der Produktion ständig zunehmen. Die Gesellschaft bleibe für ihren eingeschränkten Betrieb von der Zuweisung der erforderlichen Rohmaterialien und Arbeitskräfte abhängig.

*** Einschränkungen im Absatz der Walzwerke.** Mit Rücksicht auf die grossen Anforderungen, die gegenwärtig an die Walzwerke gestellt werden, hat das Kriegsamt angeordnet, dass mit sofortiger Gültigkeit bis auf weiteres der Versand an Konstruktionswerkstätten in Rundeisen, Trägern, U-Eisen, T-Eisen, sowie sämtlicher Sorten Winkeleisen ruhen und auch die Auswalzung dieses Materials für Konstruktionswerkstätten unterbleiben soll. Die Lieferung an Eisenbetonfirmen wird von der Sperre nicht berührt. In ganz dringlichen Fällen sind Ausnahmen zulässig.

*** Bank für Handel und Industrie.** Die Meldung eines Kölner Blattes über die Uebernahme der Bankfirma Siegfried Simon (Köln) durch die Bank für Handel und Industrie wird von der Verwaltung der Bank als unrichtig bezeichnet.

* An der Börse

erhielt sich heute die feste Stimmung der letzten Tage, und es kam auf verschiedenen Gebieten zu regen Umsätzen. Am Montanaktienmarkt waren die Aktien der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-Akt.-Ges. sehr begehrt und im Kurse höher, späterhin allerdings unter Realisierungen leicht abgeschwächt. Kurssteigerungen hatten ferner die Aktien der Oberschlesischen Eisenindustrie-Akt.-Ges., der Bismarckhütte, der Eisenhütte Silesia, der Eisenwerke Thale, Hoesch, Gaggenau und besonders auch wieder des Stahlwerks Lindenberg zu verzeichnen. Ebenso zogen die Aktien des Stahlwerks Becker, der Mannesmannröhrenwerke, des Phönix, der Gelsenkirchener und der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerksgesellschaft im Kurse an. Rüstungswerte verkehrten in geteilter Haltung. Zu höheren Kursen gingen u. a. die Aktien der Rheinischen Metallwarenfabrik, der Motorenfabriken Benz und Horch um. Steigende Kurse entwickelten sich auch in den Aktien der A. E. G., der Maschinenfabriken Flöther und Schwartzkopff, der Hugo Schneider Akt.-Ges. und der Orenstein & Koppel Akt.-Ges. Kaliwerte waren teilweise im Kurse befestigt, zum Teil auch abbröckelnd, wie die Aktien der Heldburg Akt.-Ges. Eine Kurserhöhung wiesen ferner die Aktien der Deutschen Erdöl-Akt.-Ges., chemische Werte, darunter namentlich die der Höchster Farbwerke, und eine Reihe von Spezialwerten auf. Für russische Bankaktien zeigte sich etwas Interesse. Schiffahrtsaktien waren nicht ganz preishaltend. Die Aktien der Orientbahn und der Türkischen Tabak-Ges. waren gesucht.

Das Bezugsrecht auf die jungen Aktien der Gothaer Waggonfabrik sollte heute zum ersten Male kursmässig festgestellt werden, doch war dies mangels Ware nicht möglich.

Telegraphische Auszahlungen	17. 10. Geld	17. 10. Brief	16. 10. Geld	16. 10. Brief	Telegraphische Auszahlungen	17. 10. Geld	17. 10. Brief	16. 10. Geld	16. 10. Brief
Amsterdam Rotterdam } G.	305¾	306¼	304¾	305¼	Wien ..... Budapest.. } Kr	64,20	64,30	64,20	[illegible]
Kopenhagen Kr.	222	222½	221	221½	Sofia .... L.	80¾	81¼	80¾	[illegible]
Stockholm .. Kr.	246¾	247¼	245¾	246¼	Konstantin. T. P.	20,45	20,55	20,45	[illegible]
Christiania .. Kr.	223¼	223¾	222¼	222¾	Madrid ... Barcelona } Pes.	131½	132½	130½	[illegible]
Schweiz ..... Fr.	152¾	153	152¾	153					

Heimische 3- und 3½proz. Anleihen standen in Nachfrage. Japanische und mexikanische Anleihen zogen etwas im Kurse an.

Amerikanische Kabel-Telegramme.

*** New-York,** 16. Oktober. (Spezial-Kabeltelegramm.) Bei sehr lebhaftem Geschäft setzten sich bei Eröffnung der heutigen Börse die Liquidationen auf allen Marktgebieten zunächst fort, so dass neue Kursrückgänge zu verzeichnen waren. Im weiteren Verlaufe trat indes Deckungsbedürfnis hervor, und da auch in den leitenden Werten Meinungs- und Stützungskäufe vorgenommen wurden, wurden bald die meisten Abschläge wieder wett gemacht. Ausserdem trug ein Dementi des Gerüchtes, dass die Börse geschlossen werden sollte, wesentlich zur Hebung der Stimung bei. Die Börse schloss in fester Haltung. Am Eisenbahnaktienmarkt waren besonders Kanadas, Chesapeakes und Southern Pacifios gebessert, von Industrieaktien in erster Linie Steels, Bethlehems, General Electrics und Kupferaktien. Umgesetzt wurden 1 010 000 Aktien.

New-York, 16. Oktober. (Privat-Kabeltelegramm.)

	16. 10	15. 10.		16. 10	15. 10
Tendenz f. Geld	stetig	stetig	N.-Y. Hudson River .	73	[illegible]
Geld a. 24 Stunden	3	3	N.-Y. Ontario West.	20	20
Geld a. 24 Stund. l. D.	2½	3½	Norfolk u. Western	105½	[illegible]
Wechs. a. Berl. (Sicht)	—	—	Northern Pacific .	95⅛	95
do. Paris (Sicht)	5,7950	5,79	Pennsylvania .	50¼	50
do. Lond. (60Tg.)	4,7150	4,7150	Reading	74	[illegible]
Cable Transfers .	4,7645	4,7645	Chic. R. Isl. Pac. Railw.	22	[illegible]
Silber Bullion . .	85⅜	86¼	Southern Pacific	89¼	[illegible]
North. Pacific 3% Bds.	—	—	do. Railway . .	26⅞	[illegible]
San Franc. 4% Prior. Lien Bds. Ser. A	—	—	do. do. pref.	61	60
			Union Pacific . .	123½	[illegible]
San Franc. 6% Income Bds. Ser. A.	—	—	do. pref. .	75½	[illegible]
			Wabash pref.	41⅞	40
San Franc. 6% Adjust. Bonds	—	—	Western Maryland	—	—
			American Can	—	—
South. Pacific 4% Bds.	—	—	Amer. Car u. Foundry	65⅜	63
Atchison Top. u. St. Fé	93	92	American Locomotive	—	—
Baltimore u. Ohio.	56½	54⅝	Americ. Smelting Ref.	86¼	84
Canadian Pacific . .	150½	147¼	American Sugar Ref.	—	—
Chesapeake u. Ohio	51½	49½	Anac. Copper Mining	65¾	64
Chicago, Milwaukee	48¼	46	Bethlehem Steel . .	74	70
Denver u. Rio Grande	7	6	Central Leather . .	—	—
Erie . . .	19	18⅜	Consolidated Gas . .	95	[illegible]
Erie fst pref.	27½	26	General Electric .	137	[illegible]
Great Northern pref.	100	99⅞	Internat. Harvester .	—	—
do. Ore Certif. . .	27¼	26½	Intern. Mercant. com.	—	—
Illinois Central . . .	98	99¼	Intern. Mercant. pref.	—	—
Interborough Consol.	7½	7½	National Lead . . .	45½	44
Lehigh Valley .	58	57⅜	Republ. Iron u. Steel	—	—
Louisville u. Nashv.	117¼	117	Unit. Stat. Steel Corp.	103¼	100
Missouri. Kans. u. Tex.	4½	4⅜	do do. pref.	113¾	[illegible]
Nat. Railw. Mexiko pr.	6⅜	6¾	Utah Copper . . .	83¾	82
Missouri Pacific n. A.	27	26¼	Virg. Carolina Chem	—	—

BERLINER HANDELSREGISTER.

Eintragungen vom 12., 13. und 15. Oktober.

Abt. A. Max Lippstreu. Potsdam-Berlin, Potsdamer Str. 118c. Inh. ist Max Lippstreu. — Sally Steinberg. Berlin-Lankwitz, Amalienstr. 3—4. Inh. ist Sally Steinberg. — Siegfried Sinzheimer, Greifswalder Str. 40. Inh. ist Siegfried Sinzheimer. — Noss & Schütze. Inh. ist jetzt Viktor Frankowski. — P. Wiesike. Sitz jetzt Berlin-Wilmersdorf, Rüdesheimer Str. 2. — William Loewenstein. Inh. ist jetzt Elsa Loewenstein geb. Loewenstein. — Lang & Mainz. Die hiesige Zweigniederl. ist aufgehoben, die Firma hier gelöscht. — Gelöscht sind die Firmen: Wilhelm Lippmann. — Georg Sievert. — E. Apel & Co. Götzen — Kaffeerösterei. — J. M. Janischewski & Wilh. Hilliges. — Max J. Cohn Knopffabrik.

Verantwortliche Redakteure: für Politik: Erich Dombrowski-Lichterfelde; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt-Wilmersdorf; für das Feuilleton: Paul Block-Schöneberg; für den Roman: Bernhard Jolles-Berlin; für die Handelszeitung: Dr. jur. Felix Pinner-Friedenau; für den übrigen Teil des Blattes: Albert Bilz-Charlottenburg; für die Inserate: Robert Franke-Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.